



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

DPoIG • Graf-Adolf-Platz 6 • 40213 Düsseldorf

Präsident des Landtags  
Nordrhein - Westfalen

Postfach 101143

40002 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME**  
**17/22**

Alle Abg

Landesverband NRW

Graf-Adolf-Platz 6  
40213 Düsseldorf  
Telefon 0211/93368667  
Telefax 0211/93368679

[info@dpolg-nrw.de](mailto:info@dpolg-nrw.de)  
[www.dpolg-nrw.de](http://www.dpolg-nrw.de)

Düsseldorf, 25. September 2017

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Nachtragshaushaltsgesetz 2017)  
Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/538**

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze  
(Haushaltsbegleitgesetz 2017)  
Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/539**

**Anhörung im Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses**

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Nordrhein-Westfalen - DPoIG NRW - bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Aufgrund der kurzfristigen Einladung und geringen zur Verfügung stehenden Zeit, beziehen wir uns in unserer Stellungnahme ausschließlich in Kurzfassung auf den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, Einzelplan 03, zum o.g. Gesetzentwurf.

*Die Appelle aus unseren Stellungnahmen der letzten Haushaltsjahre haben, soweit nicht bereits umgesetzt, weiterhin Bestand.*

Wir begrüßen, dass mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2017 u.a. zusätzliche, und dringend benötigte, Ausgaben für den Bereich der inneren Sicherheit bereitgestellt werden.

Als DPoIG NRW sehen wir uns in unseren langjährigen Forderungen, welche sich im Koalitionsvertrag der Landesregierung wiederfinden, nun in unserer Arbeit und in unseren Positionen bestätigt und betrachten den Nachtragshaushalt als einen zeitnahen Schritt zur dringend erforderlichen Stärkung der inneren Sicherheit insgesamt.



Die Zahl der Einstellungen wird von 2000 auf 2300 erhöht und zunächst bis zum Jahr 2022 aufrechterhalten werden.

Hinzu kommen weitere 30 Stellen; u.a. für Dozenten, zur Durchführung der Ausbildung und des Studiums. Da die Einstellungszahlen steigen, ist hier auch eine Anpassung des Bedarfes an Lehrkräften unumgänglich.

Ebenso positiv hervorzuheben ist der Wegfall von 395 kw-Vermerken bei der Besoldungsgruppe A9, um so den Fortfall der Stellen zum 31.12.2017 zu verhindern.

Weiterhin sind zusätzliche Ausgaben für die Polizeiausstattung; z. B. für Fast-ID-Geräte, Soft- und Hardware für Handyauswertungen und die Auswertung von DNA-Spuren, vorgesehen.

Außerdem werden 118 Stellen zur Terrorbekämpfung aufgrund der aktuellen Sicherheitslage geschaffen und finanzielle Mittel für die Auszahlung von Mehrdienststunden bereitgestellt. Immerhin ist nur für die Vergütung von Mehrdienst ein Betrag von 10.000.000 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen.

Allerdings wird genau zu betrachten sein, wie viele Stunden nun tatsächlich zur Auszahlung eingereicht werden und ob die Auszahlung letztlich auch attraktiv genug ist, um entsprechend in Anspruch genommen zu werden.

So sehr wir diese Maßnahme begrüßen und zu schätzen wissen, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der favorisierte Weg zum Stundenabbau der Freizeitausgleich sein sollte bzw. die Stunden anteilig auf künftigen „Lebensarbeitszeitkonten“ Berücksichtigung finden sollten.